

Hiroshima und Nagasaki mahnen:

6. August 1945 - 6. August 2005

6. August 2005:

MAHNWACHE 11 - 14 Uhr

Marktplatz (Durchgang zum Schloß)

KARLSRUHE

Atomwaffen abschaffen

*bevor sie
uns abschaffen!*

Do, 22. September 2005

Vortrags- und
Diskussionsveranstaltung

mit **Regina Hagen**

(Darmstadt, international anerkannte
Expertin zum Thema "Atomwaffen abschaffen")

20 Uhr, JUBEZ, Kronenplatz 1, Karlsruhe



FRIEDENSBÜNDNIS KARLSRUHE



6. August 1945

Eine einzige Bombe nur fiel aus dem Schacht eines US-Bombers. Sie verwandelte die Stadt in ein Inferno. Im Zentrum stand kein einziges Gebäude mehr, ein Feuersturm raste durch die Trümmer. Zehntausende waren sofort tot, weitere starben in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten an ihren Verletzungen - insgesamt 140.000 Menschen bis zum Ende des Jahres 1945.

Drei Tage später wurde eine zweite Stadt in der gleichen Weise vernichtet - noch einmal 70.000 Menschen fanden den Tod.



60 Jahre nach Hiroshima: Atomwaffen endlich abschaffen!

60 Jahre nach der Vernichtung von Hiroshima und Nagasaki durch Atombombeneinsätze der USA ist die Gefahr eines atomaren Infernos nicht gebannt. Im Gegenteil: Vieles deutet darauf hin, dass bereits ein neues Atomwaffenzeitalter begonnen hat.

Die US-Streitkräfte arbeiten an der Entwicklung neuer Atomwaffen. Ende 2003 hat der Kongress Gelder zur Entwicklung sog. "Mini-Nukes", für "Bunkerknacker", zum Bau einer Produktionsanlage für Plutoniumkerne und für Vorbereitungsarbeiten auf dem Atomtestgelände in Nevada bewilligt. Neue Raketen und Weltraumbomber sollen den Transport von Sprengköpfen an jeden Ort der Erde sicherstellen. Der völkerrechtswidrige Krieg gegen den Irak sendet ein verheerendes Signal in die Welt: Weitere Länder werden versuchen, sich Massenvernichtungswaffen zu verschaffen mit der Begründung, sich vor Überfällen der US-Militärs zu schützen.

Im Juni 2005 scheiterte die Überprüfungs-Konferenz des Atomwaffensperrvertrages vor allem an der Haltung der US-Regierung, die sich zu keinerlei Abrüstungsschritten bereit erklären wollte.

Auch die NATO behält sich den Ersteinsatz von Atomwaffen vor. Unter dem Vorwand des "Krieges gegen den Terror" wird der Angriff auf mißliebige Regime zur "präventiven Selbstverteidigung" uminterpretiert. Vermutete Massenvernichtungswaffen könnten den Vorwand für einen atomaren Erstschlag liefern.

Die Europäische Union hat in ihrer Sicherheitsstrategie vom Dezember 2003 keinen Verzicht auf Atomwaffen erklärt.

Frankreich hat beim europäischen Rüstungsriesen EADS eine neue Trägerrakete (M51) für Atomwaffen in Auftrag gegeben, die von U-Booten abgefeuert, eine Reichweite von 7.000 km hat. Auch Frankreich sieht Atomwaffen inzwischen als legitime Waffen zur Durchsetzung und Wahrung eigener politischer Interessen.

Im Krieg gegen den Irak hat der britische Verteidigungsminister gedroht, notfalls auch Atomwaffen einzusetzen. Großbritannien will eine Anlage zur Entwicklung neuer Atomwaffen bauen.

Indien und Pakistan rüsten weiter mit Atomwaffen auf und drohen gegenseitig mit ihrem Einsatz.

Israel hat seine Atomwaffen nie offiziell bestätigt, besitzt aber 75-200 einsatzbereite Atomsprengköpfe und zahlreiche Trägersysteme. U-Boote, die mit Atomwaffen ausgerüstet werden können, wurden aus Deutschland an die israelischen Militärs geliefert.

In Japan wird darüber diskutiert, die bisherige Politik des

Nichtbesitzes von Atomwaffen aufzugeben. Nach der Aufkündigung des ABM-Vertrages durch die US-Regierung wird damit gerechnet, dass China sein atomares Zweitschlagpotential ausbauen wird. Russland hat den Bau neuer Atomraketen angekündigt.

In dieser Lage muss der Kampf für eine atomwaffenfreie Welt dringend verstärkt werden. Fangen wir bei uns damit an!

- In Büchel und Ramstein lagern noch immer US-Atombomben, die im "Ernstfall" von Bundeswehr-Tornados ins Zielgebiet getragen werden.
- Die Bundeswehr trainiert regelmäßig den Einsatz dieser Atomwaffen, obwohl Deutschland den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet hat.
- Die NATO behält sich den Ersteinsatz von Atomwaffen vor, obwohl der Internationale Gerichtshof in Den Haag schon vor Jahren bereits die Drohung mit einem solchen Einsatz als völkerrechtswidrig gebrandmarkt hat. Die Bundesregierung trägt diese Politik mit.
- Die Bundesrepublik Deutschland hält sich weiterhin die Möglichkeit einer Teilhabe an europäischen Atomwaffen offen und hat den Atomwaffensperrvertrag nur unter diesem Vorbehalt unterzeichnet.

Dagegen fordern wir:

- **den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland;**
- **die Beendigung der "atomaren Teilhabe" der Bundeswehr;**
- **ein klares Nein zum Ersteinsatz von Atomwaffen und zu neuen US- und NATO-Atomkriegsplanungen;**
- **einen vollständigen und immerwährenden Verzicht Deutschlands auf Atomwaffen, auch unter europäischen Vorzeichen.**

Weitere Infos unter: www.atomwaffenfrei.de

Im Juni 2005 forderte eine Mehrheit des Karlsruher Gemeinderates den Oberbürgermeister auf, sich der internationalen Kampagne "Bürgermeister für den Frieden" (mayors for peace) anzuschließen, die sich für die Abschaffung aller Atomwaffen ausspricht.

Diese Aktion, die von den Bürgermeistern Hiroshimas und Nagasakis gestartet wurde, hat inzwischen die Unterstützung von 1036 Städten in 112 Ländern. Unter den 240 Städten aus Deutschland, die der Kampagne beigetreten sind, befinden sich u.a. Stuttgart, Pforzheim, Mannheim, Offenburg und Freiburg. Die bisher ablehnende Haltung des Karlsruher Oberbürgermeisters ist völlig unverständlich. Mit einer **Unterschriftensammlung** setzt das Karlsruher Friedensbündnis sich dafür ein, dass auch Karlsruhe sich dieser wichtigen Aktion anschließt.

ANTIKRIEGSTAG 2005
16 - 17 Uhr Mahnwache & Flugblattverteilung Marktplatz - Durchgang zum Schloss
Unterschriftensammlung Karlsruhe muss sich den "Mayors for Peace" anschließen
17 Uhr Kundgebung Marktplatz - Brunnen vor dem Rathaus
Peace-Zeichen aus Blumen (Bitte Blumen mitbringen!)
01.09. 2005